



Wochenschriftliche Abonnements... in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten...

Deutschland.

Berlin, 24. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Oberst-Lieutenant z. D. Petersen, bisher 2. Stabschef bei dem Bezirks-Commando des 1. Bataillons (Hamburg) 2. Hanseatischen Landwehr-Regiments Nr. 76...

Dem Kaiserlichen Consul Lehmann zu San José (Costa Rica) ist auf Grund des Gesetzes vom 4. Mai 1870 für seinen Amtsbezirk die allgemeine Ermächtigung ertheilt worden, bürgerlich gültige Geburts- und Sterbefälle von Deutschen vorzunehmen...

Berlin, 24. Februar. [Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] wohnte gestern Vormittag 11 Uhr in der katholischen Kapelle des Invalidenhauses dem Trauergottesdienst am Sarge des verstorbenen General-Lieutenants z. D. Seyer von Schwepenburg bei.

Mittags 12 Uhr nahm Höchstderselbe einige militärische Meldungen entgegen und empfing den Rittmeister a. D. Febrn. von Seher-Tob auf Schollwitz, sowie den zur Botschaft nach London versetzten Legations-Sekretär Grafen von Redern.

Abends 8 1/2 Uhr besuchte Se. Kaiserliche Hoheit die Vorstellung im Opernhaus.

Berlin, 24. Februar. [Die Stellung Bismarck's.] Die Standesregister. Man war wohl darauf gespannt, ob die „Prov.-Corresp.“ aus ihrer halbamtlichen Sphäre über die alle Gemüther beschäftigende Bismarck-Frage sich äussern werde. Das Regierungsorgan beschränkt sich aber lediglich auf die Meldung, daß der Kaiser den Fürsten Bismarck wiederholt empfangen habe...

[Der Kaiser.] Die „Prov.-Corresp.“ schreibt: Unser Kaiser war in voriger Woche in Folge einer Erkältung leicht erkrankt und muß seitdem das Zimmer hüten. Obwohl die Krankheitserscheinungen jetzt fast vollständig beseitigt sind, so hat doch die kalte Witterung bisher die Ausfahrten verhindert.

[Der telegraphisch bezeichnete Artikel der „Prov.-Corresp.“] über die neueste Encyclica des Papstes lautet wörtlich wie folgt:

In dem neuen Schritte des Papstes tritt zunächst die Annahme der Herrschaft auf dem bürgerlichen Gebiete unumwundener als je bisher hervor: der Papst mag es, die bürgerlichen Gesetze, welche zwischen der Krone Preussens und der Landesvertretung verfassungsmäßig vereinbart sind, einfach für nichtig zu erklären. Die Thatsache dieses unerhört hervortretenden Anspruchs läßt keinen Zweifel mehr, daß die Beziehungen des päpstlichen Stuhles zu den weltlichen Regierungen durch die neueste Entwidlung von Grund aus verändert sind.

Führer der Ultramontanen so eben noch den Standpunkt Roms zu beschönigen suchten, durch den unfehlbaren Papst selber hinweggerissen sind. — Was die besonnenen Bischöfe vor dem Concil und während des Concils mahnen und bittend vorbergehend, das wird jetzt zur unabweislichen Thatsache: die Stellung des Papstes, wie Pius IX. sie auf Grund der vatikanischen Beschlüsse ausspricht und zu handhaben versucht, tritt in unlöslichen Widerspruch mit den Rechten aller weltlichen Herrschaft. — Die Klarheit, welche der Papst jetzt in die Beziehungen zur preussischen Regierung gebracht hat, zeichnet auch der Regierung die Wege unverkennbar vor, welche sie gegen die revolutionäre Annahme weiter zu betreten hat: es muß für die katholische Kirche in Preußen zum allerersten klaren Bewußtsein kommen, wer in Preußen Souverän ist! — Weiter aber gewinnt durch das Auftreten des jetzigen Papstes die vom Fürsten Bismarck schon früher angeregte Frage in Betreff der Stellung der Regierungen zur künftigen Papstwahl noch größere Bedeutung.

[Aus der Petitionscommission.] Aus Anlaß zahlreicher Petitionen beantragt die Petitionscommission des Abgeordnetenhauses, das letztere möge an die Staatsregierung die Aufforderung richten: „dem Landtage noch im Laufe der gegenwärtigen Session eine Vorlage zu machen, durch welche den Juden in allen Theilen der Monarchie der Austritt aus einer Religionsgemeinde aus confessionellen Bedenken und ohne gleichzeitigen Austritt aus dem Judenthum ermöglicht wird und die in einzelnen Landestheilen etwa entgegenstehenden gesetzlichen Bestimmungen aufgehoben werden.“

D.R.C. [Sechster Congress deutscher Landwirthe.] (Zweiter Tag, Dienstag 23. Februar, Vormittags 10 Uhr.) Der Präsident vom Rath eröffnet die Sitzung um 10 1/2 Uhr mit der Bitte, zu den Sitzungen sich früher einzufinden, um dieselben möglichst pünktlich um 10 Uhr eröffnen zu können, und macht demnachst noch einige geschäftliche Mittheilungen, worauf die Versammlung in die Statutenberatung tritt.

Referent Graf Redlich-Trübschler: Verschiedene Vorgänge innerhalb des Congresses und des Ausschusses haben eine Abänderung der Statuten wünschenswerth gemacht, daher entstanden die Anträge des Ausschusses, deren Begründung ihm obliegt. Es sei bekannt, daß ein Antrag auf Verschmelzung des Congresses mit dem „Landwirthschaftsrath“, der bei den Ausschüßungen gestellt in der Minorität geblieben. Es sei zwar gestern von dem Antragsteller selbst gesagt worden, daß jener Antrag nur für den Ausschuß, nicht aber auch für den Congress gestellt worden sei. Nichtsdestoweniger fühle er sich gedrungen, hierauf zurückzukommen, denn der Antrag sei einmal in die Öffentlichkeit gedrungen und Gemeingut geworden, darum sei es auch geboten, darauf zurückzukommen, und er scheue sich nicht hier auszusprechen, daß er gegen diesen Antrag gestimmt habe. Der Landwirthschaftsrath, wenn er auch zur Zeit aus den Wahlen der Vereine hervorgehe, sei dennoch eine Schöpfung des Congresses, und darum solle die Wirksamkeit des Congresses nicht verloren gehen; sie sei dringend nothwendig und dürfe nicht verstreuen. Der Congress solle sein, eine die wechselvolle Stimmung des Lebens erwagende, beratende Versammlung und ohne den Congress würde der Landwirthschaftsrath seine Bedeutung verlieren. Die Wahrnehmung ihrer Interessen haben die Landwirthe erst durch die Begründung des Congresses erreicht. Dieser sei der Vater des Landwirthschaftsrathes, und wenn auch das Kind schon mündig geworden, so könne es doch den Vater nicht entbehren. Redner weist nun auf die von dem Ausschusse vorgeschlagene neue Fassung der Art. 1 und 2, welche als erstes Princip die Freiheit des Congresses hinstellen. Man habe dem Congress bisher von gewisser Stelle Mandatslosigkeit vorgeworfen, habe ihn eine „zusammengelaufene“, eine „confuse“ Gesellschaft genannt. Es sei richtig, daß der „Landwirthschaftsrath“ aus den Wahlen der Vereine hervorgehe und also ein Mandat habe; aber — so frage er — wer giebt denn wieder den Vereinen ein Mandat, Delegirte zu entsenden, wer giebt ihnen überhaupt ein Mandat, zu einem Vereine zusammenzutreten? Wer logisch denken kann, der weiß, daß aus Nichts auch Nichts werden kann. Das Mandat, auf welches die Mitglieder des Congresses sich berufen können, sei das Mandat der Pflicht, auf dem überhaupt die beste Seite des Lebens beruhe. Schritte man in derselben Weise fort, werde auch der Congress erstarken und an Einwirkung gewinnen. Dann werde man aber auch an Fähigkeit für eine wirksame Agitation gewinnen, und selbst in jenen Kreisen Anerkennung finden, die, wie er zu ihrer Ehre annehmen wolle, aus Unkenntniß jetzt noch in Agitation gegen den Congress stehen. Was die Landwirthe dazu treibe, in dieser Weise gemeinsam vorzugehen, sei das dringende Erkenntniß von der Nothwendigkeit wirthschaftlicher Reformen, und daran mitwirken könne ein Jeder, wenn er dem Gemeinwohl dienen wolle und sich nicht dem Dienste des goldenen Kalbes und des verächtlichen Strebertums unterordne. Dem Congress mache man den ungerechten Vorwurf, Sonderinteressen zu verfolgen. Wer auf die Vergangenheit zurückblicken wolle, der werde erkennen, daß alle bisher abgehaltenen Congress-Principien von so allgemeiner Wichtigkeit verhandelt und stets das Interesse des Staates und der Opportunität berücksichtigt habe, um nicht etwa in die Lage zu kommen, den Vorwürfen ausgesetzt zu werden, welche man den Gegnern des Congresses machen könnte: unter dem Demantel ethischer Principien politische Principien den wirthschaftlichen überzuordnen. — Der Congress wolle nicht die Ueberordnung, sondern die Einordnung, Nebenordnung der wirthschaftlichen den politischen Principien und das gebe Niemand das Recht, ihn der Befolgung anderer, illegaler Ziele zu beschuldigen, derartige Beschuldigungen müsse er von der Tribüne dieser Versammlung entschieden zurückweisen. (Bravo.) — Was den Art. 3 des Antrages des Ausschusses anlangt, der das Verhältniß des Congresses zum Landwirthschaftsrath darstelle, so sei derselbe nicht nur bestimmt, die geschäftlichen Verhältnisse zwischen beiden Körperschaften zu regeln, sondern auch deutlich dem Willen des Congresses Ausdruck zu geben, daß er nicht neben, auch nicht gegen, sondern mit dem Landwirthschaftsrath gemeinsam wirken wolle. Es solle kein der Grundsatz des Freundes an den Freund und er bitte deshalb dem Antrage des Ausschusses zuzustimmen. Schließlich wolle er noch erklären, daß es sein Wunsch war, zum Frieden zu mahnen. Wenn ihm das nicht gelungen sei, so möge man den guten Willen für die That nehmen; er bitte aber, ihm auf dieser Friedensbahn bei der folgenden Debatte zu folgen.

Herr v. Lentze (als Correspondent) erklärt, daß er jedes Wort welches der Vortredner hier gesprochen, unterschreibe. Darauf wolle er aber noch hinweisen, daß das Verbleiben des Congresses für Preußen eine dringende Nothwendigkeit sei, denn für Preußen fehle eben eine Spitze des landwirthschaftlichen Vereinswesens, die auch nicht durch die Neuorganisation des Landes-Economie-Collegiums ersetzt sei. Das was in dem neuen Statut des Landes-Economie-Collegiums verheißen, sei eben nur auf dem Papier verblieben. Der Präsident werde nicht durch das Collegium gewählt, das über keinen Groschen selbstständig zu verfügen habe. Nicht einmal die Wahl des Vice-Präsidenten sei ihm vom Grafen Königsmarck zugestanden, der General-Secretär des Collegii führe in Abwesenheit des Vorsitzenden den Vorsitz. Es sei gestern sehr richtig darauf hingewiesen worden, daß in der Leitung der landwirthschaftlichen Angelegenheiten jetzt eine neue Kraft eingetreten sei, von der man Gutes erwarten könne, aber die Kraft sei noch neu und ebenso auch ihr Wirken, um sich schon jetzt ein vollkommenes Urtheil darüber bilden zu können. Die bedrückte Situation, in der sich gegenwärtig die Landwirthschaft befinde, sei durch den Umstand hervorgerufen, daß die Landwirthe die sociale Wissenschaft zu sehr vernachlässigt hätten; die anderen, besser situirten Klassen, hätten das Gegentheil gethan und deshalb ihre glücklichere Lage...

Redner verweist auf den Mangel an Vertretung der Interessen der Landwirthschaft in der Presse. Das resultire aus ganz natürlichen Gründen, denn die Leute, welche jetzt Zeitungen schreiben, stehen im Großen und Ganzen der Landwirthschaft fern und fremd gegenüber, ihnen fehle also das Verständniß für die augenblickliche Situation dieses wichtigen Gewerbes. Wie bisher, werde der Congress auch in Zukunft sich fern halten von einer agitatorischen Einwirkung auf die Politik. Es wolle und fordere Gerechtigkeit für Alle, und trete aus diesem Grunde allen derartigen Bestrebungen gegenüber, die eine Ungerechtigkeit gegen die Landwirthschaft verüben wollen. Das Princip, welches er der Versammlung anratet zu befolgen, sei: einzig zu bleiben, in den gemeinschaftlichen Bestrebungen um das Wohl des landwirthschaftlichen Gewerbes. (Bravo!)

Stadtrichter Wilmanns (Berlin) sieht sich genöthigt, auf die Vorgänge innerhalb des Ausschusses zurückzukommen. Herr v. Vanda habe dort bei Begründung seines Antrages gesagt, es hätten im Congress Bestrebungen Platz gegriffen, die ein weiteres Zusammengehen aller Congressmitglieder nicht zuläßen. Herr v. Vanda habe ausdrücklich die agrarpolitischen Bestrebungen als solche bezeichnet und hierbei ihn (Redner) persönlich gemeint. Er befenne gerne, daß er dieser Bestrebungen ganz und voll angetheile, daß sie hervorgerufen, sei die Schuld der modernen Gesetzgebungstheorie, die ganz dazu geeignet sei, mit der Zeit den Grundbesitz zu ruiniren. Redner beruft sich zur Begründung seiner Ansicht auf diejenigen Gutachten, welche der Abg. Dr. Laster in der Enquete-Commission über die Hypothekenfrage abgegeben habe, und in dieser geradezu ausgesprochen, daß unter den jetzt bestehenden Verhältnissen der Grundbesitz zu Grunde gehen müsse. Diese Frage habe auch einen eminent politischen Charakter, denn sie hänge eng zusammen mit der Bestrebung, das Großcapital nach Möglichkeit zu begünstigen. Darum soll aber auch dem Congress das Recht gewährt bleiben. — Redner stellt ferner als geboten hin, daß die Interessenvertretung versuchen müsse, in der Presse einen größeren Einfluß zu erwerben.

Herr Carlowa bebauert, daß es möglich war, von der Tribüne des Abgeordnetenhauses herab gegen den Congress solche ungerechtfertigte Intentionen zu schleudern, ohne daß nicht sofort ein Mann aufgetreten sei, von dem, die über die Ziele des Congresses besser unterrichtet seien, und den Redner (Abg. Richter) in gebührender Weise zurecht zu weisen. Der Congress fange an wie der „Rabe Karl“ Schiller's den Gegnern „fürchterlich“ zu werben, weil er die Waffe der Gerechtigkeit führe; darum greifen die Gegner zur Waffe der Fribolität. In den politischen Wirren der Neuzeit sei es wohl geboten ein neutrales Feld zu schaffen, auf dem man sich ohne Parteilager begegnen könne; dies sei der Congress, und diese Neutralität dürfe man ihm nicht nehmen lassen.

Herr v. D. wünscht in dem Art. 2 auch die technischen Fragen berücksichtigt zu sehen und spricht die Hoffnung aus, daß die Ueberstärkung, mit der man aus dem Norddeutschen einen Deutschen Congress gemacht habe, dadurch jetzt ausgeglichen werde, daß der Congress abwechselnd im Norden und Süden Deutschlands seine Versammlungen abhalte.

Herr v. Wedemeyer will möglichst alle Persönlichkeiten von der Discussion fern halten, trotzdem befreite er, doch persönlich werden zu müssen. Herr v. Vanda habe gestern seine Freude ausgesprochen, daß das Interesse für die Landwirthschaft in den gesetzgebenden Versammlungen in erfreulicher Weise die allergrößten Fortschritte mache. Nachdem der Reichstag den Interessen des Capitals so energisch entgegen getreten ist, daß er den Bankinteressenten nur jährlich die Kleinigkeit von 19 1/2 Millionen geschenkt und alle weiteren Ansprüche mit Energie zurückgewiesen, und das Abgeordnetenhaus die auf die Interessen der Landwirthschaft bezüglichen Petitionen so schmächtig behandelt hat, wie Hr. v. Lentze gestern gezeigt, wird Allen erschwerlich scheinen, daß dieses Maas von Verschwendung in Bezug auf die Ansprüche, welche Hr. v. Vanda an die Vertretung der landwirthschaftlichen Interessen durch unsere gesetzgebenden Körperschaften stellt, einem großen Theile des Congresses als der Ausfluß einer sehr übertriebenen und unzeitgemäßen Verschwendung ist. Hierauf beruht die Differenz zwischen der Majorität des Ausschusses und dem Hr. v. Vanda. Wir waren der Ansicht, daß Herr v. Vanda als Präsident des Congresses die Pflicht hatte, die Neuerungen des Abg. Richter über den Congress in viel energischerer Weise zurück zu weisen. Dies sei der eigentliche Grund, weshalb Hr. v. Vanda sich auf seinem Präsidentensitze nicht wohl gefühlt habe. Er huldige sehr dem Grundsatz: de mortuis nil nisi bene, aber er habe dies aussprechen müssen, weil Herr v. Vanda dies gestern prodrucirt habe. Daß man dem Congress politische Principien unterziehen wolle, das habe ihn nicht berührt, es sei das eben eine berechtigte Eigenthümlichkeit aller Parteien, den Gegnern andere Motive unterzuschleiben. Das müsse er aber mit Entschiedenheit zurückweisen, wenn man dem Congress den Vorwurf der Dummheit machen wolle; das sei eine durch Nichts zu beschönigende Ungerechtigkeit. Wenn man sich darüber wundere, daß die Agrarier die „Deutsche Landeszeitung“ gegründet, dann möchte er die Gegner bitten, dafür zu sorgen, daß in ihren liberalen Zeitungen die Interessen der Landwirthschaft in unparteiischer Weise vertreten würden. Daß der Congress sich in einen „deutschen“ umgewandelt habe, sei durchaus keine Ueberstärkung gewesen. Man habe den süddeutschen Brüdern die offenen Arme entgegenstrecken wollen, wenn sie nicht gekommen, sei es ihre Schuld. Die Provinz Preußen liege von Berlin viel ferner, als Süddeutschland, aber vertreten seien die dortigen Landwirthe viel mehr als die süddeutschen. Berlin sei durch seine geographische Lage der günstigste Ort für die Congressverhandlungen, und er halte es für eine ungerechtfertigte Präferenz, wenn man verlange, der Congress solle seine Verhandlungen in Süddeutschland abhalten.

Präsident v. Rath erklärt, daß der Ausdruck „de mortuis nil nisi bene“ und „ungerechtfertigte Präferenz“ kein parlamentarischer sei.

An der Debatte theilnehmen sich die Herren Kennemann, v. Langsdorf, Anders und v. Dieß-Daber. Dann werden die Anträge des Ausschusses ohne Aenderung angenommen und beschlossen, die Debatte, soweit sie bisher geführt worden, in einem Separatabdruck nach den stenographischen Aufzeichnungen verbreiten zu lassen und sie namentlich den landwirthschaftlichen Vereinen zu überreichen, um hier ein besseres Verständniß der Ziele des Congresses zu bewirken.

Die übrigen Anträge des Ausschusses rufen zwar noch eine längere Discussion hervor, die jedoch von weniger principielle Wichtigkeit ist. Sie werden schließlich angenommen und nur dahin einer Abänderung unterworfen, daß die Wahl des Vorstandes von den ständigen Mitgliedern allein und auf die Dauer eines Jahres vorgenommen werden soll; auch wird dem Ausschusse die Berechtigung zugesprochen, seine ordentlichen Versammlungen auch an anderen Orten als in Berlin abzuhalten. — Die Vorschläge des Ausschusses gingen dahin, daß dem Congress überlassen bleiben soll, seine Plenarsitzungen abwechselnd in Nord- und Süddeutschland abzuhalten. Endlich wurde noch an Stelle des erkrankten Hr. v. Wedell-Wehlingendorf der Graf Redlich-Trübschler zum ersten Vice-Präsidenten des Congresses gewählt.

Münster, 22. Februar. [Rescript.] Der „W. M.“ schreibt: Wie wir gehört haben, erließ der bekannte Kreisschul-Inspector Art zu Wesel die Verfügung, „Schumacher's biblische Geschichte“ sogleich aus dem Unterrichte zu entfernen, und sämtliche vorhandenen Exemplare der Kinder, soweit solche nicht Eigenthum der Schule seien, unter Verschluss zu nehmen und darunter zu halten, bis die betreffende Maßregel durchgeführt sei. Auf eine betreffende Anfrage des Pfarrers D. zu G. über sein, dieser Verfügung gegenüber zu beobachtendes Verhalten, erfolgte nachstehendes Schreiben des General-Vicars zu Münster:

„Wir sind völlig damit einverstanden, daß Ev. Hochwürden und Geistliche überhaupt zur Ausführung der Regierungs-Verfügung vom 8. d. Mis. und der darauf bezüglichen Anordnung des Kreisschulinspectors Art nicht mitwirken können. Wir erträchtigen Sie daher auf den Bericht vom 27. l. M., dem Letzteren dies mit Hinweis darauf zu erklären, 1. daß Sie als Pfarrer nicht befugt seien, ohne Weisung der geistlichen Behörde die von dieser für den Unterricht in der biblischen Geschichte eingeführten Handbücher aus der Schule zu entfernen, 2. daß Sie in keinem Falle die Lehrer zu einem Eingriffe in das den Eltern zustehende Recht der freien Disposition über die



von der nicht abgesehen werden könne, es sei denn, daß das Haus anders bestimme. ...

London, 21. Februar. [Für Arbeitsperre in Süd-Wales.] Eine Specialversammlung des Ausschusses der Londoner Gewerkschaften ...

[Für Nordpolarpedition.] Das Marineministerium hat seinen einmütigen Beschluß für die Nordpolarpedition ...

Unterirdisches Feuer. Seit zwei Jahren bereits fröht sich in der Nähe von South Shields ein unterirdisches Feuer fort ...

Provincial-Beitung.

\*\* Breslau, 25. Febr. [Die größte Kälte in Europa] herrliche gefehren in Schlesien, wenigstens war es in unserer Provinz ...

Genau schreibt man aus Gr.-Slogau vom gestrigen Datum: „Die Kälte macht noch keine Anstalten nachzulassen. Heute zeigte der Thermometer ...“

Breslau, 24. Februar. [Bezirksverein der Obervorstadt.] In der außerordentlichen Generalversammlung am vergangenen Dienstag ...

Breslau, 25. Febr. [Breslauer Bauberein, eingetragene Genossenschaft.] Nach Eröffnung der Generalversammlung, welche gestern ...

an der Giebelende des Rathhauses ein Ritter Pfeiler hat angebaut werden müssen, weil die mit der Vorderseite des Thurmes ...

t. Landeshut, 23. Februar. [Versammlung des Kreis-Ausschusses.] Aus Veranlassung vieler laut gewordener Klagen wegen ...

t. Landeshut, 24. Februar. [Statistik. - Handelskammer. - Witterung.] Auf Grund der bei dem hiesigen kaiserlichen Postamt ...

s. Waldenburg, 22. Februar. [Jüdische Gemeinde. - Anerkennung. - Fleischpreise. - Klassensteuer-Ermäßigungen.] ...

Warmbrunn, 23. Februar. [Schneefall, neue Kälte.] Gestern hatten wir wieder einen Schneefall bei einem Thermometerstande ...

o Trebnitz, 24. Februar. [Für Tageschronik.] Der hiesige Verschleißverein hielt am 21. d. M. in Feige's Saal unter der Leitung ...

B. Bernstadt, 22. Febr. [Vereinswesen.] Am 16. Januar hatte sich hier ein Verein für Volksbildung constituirt ...

r. Namslau, 24. Februar. [Vorschuss-Verein.] Nach den in der vorgeschriebenen General-Versammlung vorgelegten Mittheilungen ...

Berlin, 24. Februar. Die Börse zeigte gegen das gestrige Geschäft fast keine Veränderung, wenigstens herrschte dieselbe Trägheit ...

Manche, 19. Febr. [Garne und Stoffe.] Seit datum meiner letzten Berichte hat an unserem Markt ein schleppender Ton geherrscht ...

London, 24. Febr. In der heute fortgesetzten Wollversteigerung stellten sich die Preise 1-1/2 D. unter den am Schluss der December-Auction ...

Berlin, 24. Februar. [Productenbericht.] Die meiste Stimmung für Roggen, welche gestern zum Schluss Platz griff, machte heute ...

